I. Anmeldung**Kommission für Integration****Sitzungsdatum 22.09.2011****öffentlich****Betreff:**

Projekt "Interkulturelle Öffnung der Regeldienste"

Anlagen:

Sachverhaltsdarstellung

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		☐	☐	☐	☐
		☐	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):

Vom Frühjahr 2010 bis Frühjahr 2011 führte die Arbeiterwohlfahrt in Zusammenarbeit mit der ARGE Nürnberg, dem Jugendamt und dem Sozialamt ein EU-gefördertes Projekt durch mit dem Namen und dem Inhalt "Interkulturelle Öffnung der Regeldienste der Stadt Nürnberg". Der Kommission für Integration wird mit der beiliegenden Sachverhaltsdarstellung über das Projekt berichtet.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

entfällt, da Bericht

1a. Finanzielle Auswirkungen:

☒ Nein	☐ Noch offen, weil
☐ Ja	

Kosten: noch nicht bezifferbar

Gesamtkosten	€	Folgekosten pro Jahr	davon pro Jahr	
davon investiv	€	☐ begrenzter Zeitraum	Sachkosten	€
davon konsumtiv	€	☐ dauerhaft	Personalkosten	€

1b. Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen sind bereitgestellt:

- Nein** Abstimmung mit Stk (siehe Punkt 4) erforderlich
 Ja Betrag: € Profitcenter/Investitionsauftrag:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein**
 Ja im Umfang von Vollkraftstellen (weiter bei 2b)

2b. Deckung vorhanden:

- Nein** Abstimmung mit OrgA (siehe Punkt 4) erforderlich
 Ja Stellen-Nr.

3.a Prüfung der Genderrelevanz durchgeführt:

- Nein**
 Ja

3.b Geschlechterrelevante Auswirkungen:

- Nein**
 Ja siehe Anlagen

4. Abstimmung ist erfolgt mit:

☐ Ref. I / OrgA	☐ Deckungsvorschlag akzeptiert
	☐ keine Stellendeckung vorhanden
	☐ Einbringung in das Stellenschaffungsverfahren
☐ Ref. II / Stk	☐ Deckungsvorschlag akzeptiert
	☐ keine Haushaltsmittel vorhanden
	☐ Ein Finanzierungsvorschlag ist noch zu erarbeiten
☐ RA (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)	
☐	
☐	
☐	

II. **Herrn OBM**

III. **Ref. V**

Nürnberg,

( )

Das EU- Projekt „Interkulturelle Öffnung der Regeldienste bei der Stadt Nürnberg“ – Abschlussbericht

Träger: Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Nürnberg in Kooperation mit der Stadt Nürnberg

Laufzeit: vom 01.06.2010 bis zum 30.06.2011

Gefördert durch den Europäischen Integrationsfonds und die Stadt Nürnberg.

Evaluiert wurde das Projekt durch das Europäische Forum für Migrationsstudien, Bamberg.

Eine Steuerungsgruppe begleitete den Projektverlauf.

Vorbemerkung:

Die Arbeiterwohlfahrt und der Caritasverband Nürnberg hatten 2008 für das Jahr 2009 einen Zuschuss für je eine Planstelle in der Migrationsberatung beantragt, um mit diesen zusätzlichen Ressourcen u.a. auch die interkulturelle Kompetenz der Stadt Nürnberg (damals ARGE, Jugendamt und Sozialamt/Grundsicherung) zu verbessern. Zunehmend war festzustellen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte nicht ihrem Bedarf entsprechend städtische Regeldienste aufsuchten und sich stattdessen an die Migrationsdienste der freien Träger wandten, die aber förderrechtlich in erster Linie für Integrationskurseilnehmer zuständig sind.

Das Europäische Forum für Migrationsstudien (efms) bestätigte in einer Studie im Auftrag der Stadt Nürnberg im Jahr 2008 diese Einschätzung und befürwortete das zugrundeliegende Konzept von AWO und Caritas. Das Gutachten „Kommunale Beratungsstrukturen für Migranten in Nürnberg – veränderte Angebotsstrukturen durch das Zuwanderungsgesetz“ wurde dem Sozialausschuss der Stadt Nürnberg am 11.12.2008 vorgelegt und ein Antrag beim Europäischen Integrationsfonds (EIF) /Bamf befürwortet. Nach einem langwierigen Antragsverfahren kam Anfang 2010 die Bewilligung durch den EIF für ein einjähriges Projekt. Träger war die AWO Nürnberg in Kooperation mit der Stadt Nürnberg.

Projektziele

- Entwicklung eines Konzeptes zur nachhaltigen Fortbildung der MitarbeiterInnen der Regeldienste in interkultureller Kompetenz durch Interkulturelle Trainings
- Interkulturelle Öffnung des Jugendamtes (Kinderschutzstelle)
- Russischsprachige Unterstützung für die Leistungsabteilung des Sozialamtes

- Türkischsprachige Erstkontaktaufnahme im ARGE-Zentrum Richard-Wagner-Platz

Quantitative Indikatoren:

- Mindestens 500 Personen der Zielgruppe werden erreicht (d.h. mit nachgewiesener Drittstaatenzugehörigkeit)
- 4 Seminare zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz werden durchgeführt
- 3 Infoveranstaltungen für NeukundInnen werden durchgeführt (Jobcenter)

Qualitative Indikatoren:

- Möglichkeit der muttersprachlichen Beratung
- Stärkung der MitarbeiterInnen im Umgang mit Menschen mit Migrationshintergrund bzw. der Interaktion und des gegenseitigen Verständnisses
- Initiierung eines Netzwerkes
- Einbeziehung der Regeldienste in den Integrationsprozess
- Erweiterung der interkulturellen Handlungskompetenzen

Projektverlauf:

Im Laufe des Juni 2010 nahmen im Jugendamt (Kinderschutzstelle) und in der damaligen ARGE eine Mitarbeiterin und ein Mitarbeiter mit türkischen und im Sozialamt/Grundsicherung eine Mitarbeiterin mit russischem Hintergrund mit je einer halben Stelle ihre Arbeit auf. Die AWO führte interkulturelle Seminare durch, war für die administrative Projektabwicklung mit den EU-Behörden zuständig und koordinierte das Projekt.

Die Projektziele wurden im konzipierten Umfang umgesetzt. Die Fortbildungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialamtes fanden im Herbst 2010 und Frühjahr 2011 statt. Die TeilnehmerInnen setzten sich mit ihrer eigenen kulturellen Prägung auseinander. Dem folgten Einheiten zum Thema Migration. Es wurden Gründe erarbeitet, die Menschen zur Migration bewegen, mit welchem Aufenthaltsstatus sie in Deutschland leben, bzw. zu welcher Gruppe sie gehören, wie etwa Spätaussiedler oder Kontingentflüchtlinge. Da das Hauptklientel von Drittstaatsangehörigen im Sozialamt die KundInnen mit russischsprachigem Hintergrund sind, referierte die Projektmitarbeiterin im Sozialamt über soziale und gesellschaftliche Umstände in Russland und vor allem über die dortige Behördenstruktur. Dies wurde anhand von Fallarbeit untermauert. Zum Abschluss formulierten die TeilnehmerInnen konkrete Maßnahmen für die Projektumsetzung im Rahmen des Sozialamtes. Bei den Nachbereitungstagen wurde die Arbeit zwischen den Seminartagen im Allgemeinen und in Bezug auf die angegangenen Umsetzungen gemeinsam mit der Projektmitarbeiterin reflektiert.

Vor dem Hintergrund einer vom Projekt durchgeführten Fragebogenaktion wurden Seminartage für die Kolleginnen des Jugendamtes konzipiert, die im Mai 2011 durchgeführt wurden. Schwerpunkte waren ebenfalls die interkulturelle Sensibilisierung, die Auseinandersetzung mit der eigenen kulturellen Prägung sowie mit dem Thema Migration. Die Projektmitarbeiterin im Bereich des Jugendamtes referierte über interkulturelle Pädagogik, das veränderte Erziehungsverhalten im Zuge von Migration, das Hilfesystem im Herkunftsland und die Unterschiede zum deutschen Hilfesystem, sowie die Rolle des jungen Mannes in der türkischen Gesellschaft. Verschiedene Familientypen, die sich durch Migration herausbilden, wurden ebenso dargestellt. Gemeinsam wurden besondere Ressourcen junger Migrantinnen und Migranten erarbeitet und diskutiert.

Die in Zusammenarbeit mit der Fortbildungskoordination der Stadt Nürnberg angebotenen Seminare zum kultursensiblen Kinderschutz fanden im April und im Mai/Juni 2011 statt. Der Arbeitsauftrag für den zweiten Seminarteil – die Konzipierung einer Fortbildungsreihe zu diesem Thema – wurde umgesetzt und an das Personalamt (Abt. Personalentwicklung) weitergegeben.

Frühzeitig eingestellt, im Februar, wurde aufgrund des absehbaren Endes der Projektlaufzeit die Bewerbung des muttersprachlichen (türkischen) Angebotes innerhalb der Hotline der KOKI. Es sollte verhindert werden, dass das Angebot zu lange nachgefragt wird, bzw. Erwartungen geweckt werden, die absehbar nicht mehr erfüllbar waren. Statt dessen wurde ein Konzept überlegt und umgesetzt, das gezielt MultiplikatorenInnen innerhalb der türkischen Community ansprach, um die Angebote des Jugendamtes im Bereich der frühen Hilfen der Zielgruppe nachhaltig zu vermitteln. Weiterhin erstellte die Projektmitarbeiterin eine migrationsspezifische Datenbank. Diese Datenbank, die nun zugänglich ist für alle MitarbeiterInnen des Jugendamtes, ist ein Wegweiser, der die Arbeit mit MigrantInnen unterstützen soll. Es konnte ebenso eine türkischsprachige Hebamme gewonnen werden, die, wenn nötig, die Nachsorge für türkischsprechende Mütter übernimmt. Die Projektmitarbeiterin führte Coaching für MitarbeiterInnen des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD), der Kinder- und Jugendnotwohnung und der Jugendschutzstelle durch. In begrenztem Umfang wurde Beratung zur interkulturellen/bikulturellen Erziehung in der Hotline geleistet. Daneben wurde Informationsmaterial der Koordinierenden Kinderschutzstelle ins türkische und Russische übersetzt.

Die Projektmitarbeiterin im Bereich des Sozialamtes beendete ihre Tätigkeit zum 30.04.2011. Eine Ersatzkraft wurde - auch im Hinblick auf die kurze restliche Projektlaufzeit - nicht mehr eingestellt. Mehr als 200 Personen konnten im Projektzeitraum in der Leistungsabteilung des Sozialamtes beraten und betreut werden. Je nach Fragestellung betraf dies die direkte Hilfestellung in einem Beratungsgespräch oder Unterstützung in Einzelfällen durch die Kollegin. Diese Unterstützungsleistung erfuhr zunehmende Akzeptanz von Seiten der MitarbeiterInnen des Sozialamtes. Daneben wurden im Austausch mit den SachbearbeiterInnen vor Ort, Informationsbroschüren, Anleitungen, Merkblätter für die Zielgruppe be- und überarbeitet und übersetzt und muttersprachlich ergänzt. Beispiele hierfür sind u.a.: Übersetzung der Erklärung zur Entbindung der Schweigepflicht, die Erklärung zur Mitwirkungspflicht, muttersprachliche Überarbeitung der Hinweise zum Antrag auf Leistungen der Grundsicherung und muttersprachlicher Hinweis in den Schreiben zum russischen Rentenbezug.

Die vom Jobcenter durchgeführten Informationstage für Neukunden (Pflichtveranstaltungen) wurden anfänglich von dem in diesem Bereich zuständigen Projektkollegen regelmäßig begleitet. Der Projektmitarbeiter war Ansprechpartner für alle offen gebliebenen Fragen, die im Bereich der Erstbeantragung von Arbeitslosengeld II entstanden. Er richtete sein Angebot nicht nur an KundInnen der ARGE mit türkischem Migrationshintergrund, sondern war offen auch für Anfragen von anderen MigrantInnen. Die ab Mitte Januar 2011 im Rahmen des Projektes zusätzlich angebotenen Veranstaltungen (die Teilnahme war freiwillig), die die Probleme im Bereich "Fordern und Fördern" der ARGE für den Personenkreis der KundInnen mit ausländischem, v.a. türkischem, Hintergrund aufgreifen sollten, wurden nicht im gewünschten Umfang angenommen. Es zeigte sich, dass die Klienten vor allem die Einzelberatung beim Projektkollegen anfragten und in Anspruch nahmen. Während der Laufzeit konnten ca.250 Personen beraten werden.

Resumee:

Interkulturelle Öffnung braucht Zeit und einen langen Atem. Deswegen ist es nicht erstaunlich, dass die Umsetzung der Projektziele bei den teilnehmenden Stellen auf der konkreten Mitarbeiterebene verzögert erst im Laufe der Durchführung als wichtig und notwendig wahrgenommen und angenommen wurde. Besonders im Bereich des Jobcenters wurde deutlich, dass ein derartiges Angebot innerhalb der etablierten Strukturen einer Behörde viel Zeit braucht, um an die örtlichen Gegebenheiten realistisch angepaßt und in die Arbeit der dortigen MitarbeiterInnen integriert werden zu können. Ein weiteres Problem waren die von der Bundesbehörde geforderten datenschutzrechtlichen Vorgaben, die schwer in Einklang mit den Bestimmungen der EU-Behörde für die Zielgruppennachweise zu bringen waren.

Angeregt wurde durch das Projekt die Diskussion innerhalb der beteiligten Dienststellen, die dies als sehr befruchtend wahrgenommen haben. Bestätigt wurde durch das Projekt, wie wichtig MitarbeiterInnen mit eigener Migrationserfahrung in den Regeldiensten als Türöffner für KundInnen mit Migrationshintergrund sind: Die Forderung, bei der Personalauswahl viel mehr darauf zu achten und bereits bei der Stadt Beschäftigte mehr zu fördern und zu motivieren, kann nicht nachdrücklich genug formuliert werden. Diese Forderung ist nicht neu, aber aktueller als je zuvor.

Wichtig, und sicher in die Zukunft nachwirkend, wird die im Zusammenhang des Projektes stattgefundene intensivere Vernetzung zwischen Migrationsberatung und Jobcenter sowie Migrationsberatung und Sozialamt bewertet.

Sehr bedauerlich ist, dass die weiteren Anträge zur Fortsetzung des Projektes nicht bewilligt wurden. Bei Beginn des Projektes im Juni 2010 war der Folgeantrag für ein weiteres Projektjahr bereits gestellt worden und alle Beteiligten gingen davon aus, dass die Bewilligung mit ziemlicher Sicherheit erfolgen würde.

Leider hat sich diese Erwartung nicht erfüllt. Zusammenfassend muss gesagt werden, dass sich dadurch die verschiedenen, erarbeiteten Ansätze nicht so etablieren und weniger nachhaltig wirken konnten, als dies zu wünschen gewesen wäre. Es war ein enormer Arbeitsaufwand zu bewältigen, der durch die Kooperation zwischen einem freien Träger und den verschiedenen behördlichen Stellen der kommunalen Verwaltung in einem gemeinsamen EU-Projekt mit seinen speziellen Vorgaben entstand. Auch

diesbezüglich wäre sicherlich eine längere Laufzeit eine „lohnenswertere“ Herausforderung gewesen.

Gleichwohl haben alle Projektbeteiligten durch ihr großes Engagement das Optimale für alle Nutznießer trotz der schwierigen Rahmenbedingungen erzielen können, so die übereinstimmende Einschätzung bei der Abschlussbesprechung.

Nürnberg im Juli 2011